

Generationenstreß

Mit und ohne Nachkommen: Die Demographie wird zum Krisenherd / Von Herwig Birg

In zwanzig Jahren wird die Geißel Krebs nach Einschätzung des weltweit größten Pharmakonzerns Pfizer besiegt sein. Hunderttausende von Todesfällen werden um Jahre später auftreten. So wichtig und erfreulich dies aus menschlicher Sicht ist, die ganze Bedeutung der Entwicklung erschließt sich erst aus der überindividuellen Perspektive: Die Lebensspanne des Menschen wächst ständig, ob eine biologische Grenze existiert, ist aus wissenschaftlicher Sicht heute unbekannt.

Im zwanzigsten Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung in Deutschland bei den Männern von 41 Jahren auf 75 Jahre und bei den Frauen von 44 Jahren auf 81 Jahre erhöht. Dies sind Durchschnittswerte, die Lebenserwartung der jüngeren Jahrgänge liegt in der Regel deutlich über dem Durchschnitt: Von den heute 20- bis 25-jährigen Frauen wird wahrscheinlich jede zweite oder dritte ein Alter von 95 bis über 100 Jahre erreichen. Jeder zweite Bundesbürger ist heute über 40, im Jahr 2050 über 50 Jahre alt. Der Anstieg dieses sogenannten Medianalters beruht nicht, wie man meinen könnte, in erster Linie auf dem Anstieg der Lebenserwartung, sondern in noch stärkerem Maße auf den zahlenmäßig kleiner werdenden Geburtsjahrgängen infolge niedriger Geburtenraten.

In Deutschland war der prozentuale Rückgang der Geborenenzahl pro Frau im zwanzigsten Jahrhundert etwa gleich groß wie der Anstieg der Lebenserwartung (minus 72 Prozent versus plus 83 Prozent), die Geburtenzahl pro Frau nahm von fünf Kindern auf durchschnittlich rund 1,4 ab. Deutschland ist das erste Land der Welt, in dem die jährliche Zahl der Sterbefälle ständig über der Zahl der Geborenen liegt. Trotz einer millionenfach eingewanderten Bevölkerung mit Geburtenzuschüssen ist die Bilanz seit 1969 (frühere DDR) beziehungsweise 1972 (alte Bundesrepublik) permanent im Minus, und das Defizit wird von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wachsen: Da die vor dreißig Jahren nicht Geborenen heute als potentielle Eltern fehlen, könnte jetzt die beste Familienpolitik mangels Adressaten das Blatt nicht wenden. Wir sind mitten in einem neuen Geburtenrückgang, der ab 2030 wiederum zu einem Eltern- beziehungsweise Geburtenrückgang führt. Das Geburtendefizit wird sich nach der mittleren Variante der Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts wegen permanent sinkender Geburtenzahlen und steigender Sterbefälle bis 2050 von heute jährlich 72 000 auf dann 576 000 verachtfachen.

Unter den Prognosevarianten für unterschiedliche Annahmen über die künftigen Geburten-, Sterbe- und Migrationsraten ist eine für die Politik besonders bedeutsam: Selbst wenn die jetzige Geburtenzahl pro Frau von 1,4 bis beispielsweise 2030 wieder auf die von der Bevölkerung als ideal betrachtete Zahl von zwei Kindern pro Frau zunähme und gleichzeitig etwa 150 000 junge Menschen pro Jahr netto einwanderten, bliebe die Geburtenbilanz bis zur Jahrhundertmitte dauernd im Minus.

Der prozentuale Rückgang der Geburtenraten war in den letzten fünfzig Jahren in den Industrieländern intensiver als in den Industrieländern (minus 50 Prozent versus minus 44 Prozent). Der Altenquotient – die Zahl der über 65-jährigen in Prozent der 15- bis 64-jährigen – und das Durchschnittsalter sind und bleiben in den Industrieländern zwar wesentlich niedriger als in den Industrieländern, aber ihr prozentualer Anstieg ist dort wegen des steileren Rückgangs der Geburtenrate und der rein prozentualen stärkeren Zunahme der Lebenserwartung höher als in den Industrieländern. Das Niveau des Altenquotienten wird bis zur Jahrhundertmitte in den Industrieländern um das Doppelte, in den Entwicklungsländern fast um das Dreifache steigen. Die demographische Alterung ist also nicht auf die Industrieländer beschränkt, sie betrifft die Weltbevölkerung als Ganzes.

Nach den Berechnungen der Population Division der Vereinten Nationen sinkt die Geburtenrate der Weltbevölkerung seit Jahrzehnten, sie wird das für die langfristi-

ge Konstanz erforderliche Niveau (2,1 Lebendgeborene pro Frau) im Zeitraum zwischen 2030 und 2035 unterschreiten. Vierzig Jahre später, von etwa 2070 an, beginnt die neue Phase der Weltbevölkerungsschrumpfung. Bis dahin wird die Weltbevölkerung noch von rund 6,4 Milliarden Menschen auf rund 9 Milliarden wachsen. Zahlen für runde Zwischenjahre wie 2050 oder 2070 suggerieren, daß es sich um einen Übergang von einem alten Gleichgewicht zu einem neuen handelt. Diese Vorstellung führt jedoch in die Irre. Gerade dann, wenn sich an der niedrigen Geburtenrate in Deutschland nichts ändert, führt der demographische Prozeß nicht zu einem neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau, son-

müßten bis 2050 netto 188 Millionen Menschen einwandern. In Deutschland steht die Politik vor der doppelten Herausforderung, durch eine Anpassungspolitik die Auswirkungen der demographischen Entwicklung so erträglich wie möglich zu gestalten und gleichzeitig den Entwicklungsprozeß durch eine Ursachenpolitik langfristig zur demographischen Stabilität zurückzuführen. Mit der seit drei Jahrzehnten praktizierten Strategie, die durch Tod auscheidenden Generationen im gleichen oder sogar noch stärkeren Maße durch Einwanderungen zu ersetzen wie durch Geburten im Inland, läßt sich keine nachhaltige Entwicklung erreichen. Auch Einwanderer müssen zuerst geboren und ausgebildet wer-

teressenkonflikt zwischen den alten und den neuen Bundesländern bewältigt werden. Die Ost-West-Wanderungen (und die Zuwanderungen aus dem Ausland) führen mittelfristig noch zu einem Bevölkerungswachstum einiger wirtschaftlich prosperierender Regionen im Westen auf Kosten der demographischen Substanz der neuen Bundesländer. Eine dritte Konfliktlinie entsteht durch die wachsende Population der Zugewanderten bei gleichzeitig schrumpfender autochthoner Bevölkerung, wobei die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei den unter 40-jährigen in vielen Großstädten in etwa zehn Jahren die neue Mehrheit bilden wird.

Schließlich ergibt sich ein vierter Kon-



den zu einer dauernden Schrumpfung, die sich so lange fortsetzt, wie die Bevölkerung ihre demographisch relevanten Verhaltensweisen beibehält.

Die international vergleichende Analyse zeigt, daß die Abnahme der Geburtenrate um so größer und die Alterung der Gesellschaft um so intensiver sind, je höher das ökonomische Entwicklungsniveau eines Landes ist. Die ökonomische Prosperität wurde in den Industrieländern mit demographischer Instabilität erkaufte, die jetzt die Wachstumsrate des Sozialprodukts um mindestens einen Prozentpunkt verringert. In Deutschland, wo die demographische Alterung neben Japan und Italien am intensivsten ist, gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß sich der demographisch bedingte Anstieg der Versorgungslasten pro Kopf eines 15- bis 65-jährigen auf mehr als das Doppelte nicht wegreformieren, sondern nur anders verteilen läßt.

In den Industrieländern, die über keine Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verfügen, erfüllt die Familie die Aufgaben der sozialen Sicherung. Mit der Erosion der Familie durch die Abnahme der Geburtenrate verlieren sie ihren wichtigsten Stabilitätsanker. Sie exportieren die Instabilität in Form von Flüchtlings- und Migrationsströmen, ohne daß sich dadurch die Altersstruktur der Zielländer auf eine relevante Weise verändert. Wollte man beispielsweise den Altenquotienten Deutschlands durch die Einwanderung junger Menschen konstant halten,

um in Deutschland Probleme lösen zu können – vorausgesetzt, sie finden Arbeitsplätze. Wie will man rechtfertigen, daß ein Land im Wettbewerb um die Besten den Nutzen aus der Erziehung und Ausbildung von Menschen beansprucht und die Kosten den Herkunftsländern überläßt?

Das Hauptproblem der demographischen Entwicklung ist die neue Qualität des Verteilungsproblems mit einem dramatisch ansteigenden Verteilungsstreß zwischen den sozialen Gruppen. Selbst wenn sich in Deutschland die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen der Erwerbstätigen bis 2050 noch einmal verdoppeln, kann das Volkseinkommen wegen der bis dahin um 14 Millionen bis 16 Millionen schrumpfenden Zahl der 20- bis 60-jährigen nur um ein Drittel zunehmen. Dieser mäßig wachsende Kuchen muß zwischen vier großen Interessengruppen verteilt werden, wobei allein die stark wachsende Zahl der 60-jährigen und Älteren etwa vierzig Prozent des Volkseinkommens beanspruchen wird, wenn das Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittseinkommen nicht noch weiter gesenkt wird.

Der demographisch bedingte Verteilungsstreß ist das Kernproblem: Es gilt erstens, den Interessengegensatz zwischen den alten und jungen Generationen bei der Verteilung der steigenden Versorgungslasten durch Reformen so zu regeln, daß die von der Verfassung garantierten Grundlagen des sozialen Rechtsstaats erhalten bleiben. Zweitens muß der demographische In-

flikt aus dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in zwei Populationen, mit und ohne Nachkommen. Sie leben nach den Regeln der gleichen Verfassung, die aber nicht auf beide paßt, weil sie voraussetzt, daß beide neben dem finanziellen auch den viel wichtigeren „generativen Beitrag“ zur sozialen Sicherung in Form der Erziehung von künftigen Beitragszahlern leisten. Da bei den Deutschen ein Drittel der nach 1965 geborenen Jahrgänge zeitlebens kinderlos bleibt und nur den finanziellen Beitrag entrichtet, hat die Spaltung der Gesellschaft eine verfassungsrechtliche Dimension.

Über eine fünfte Konfliktlinie wird noch nicht diskutiert. Sie verläuft zwischen den alternden Industrieländern und einigen ebenfalls alternden, aber wirtschaftlich dynamischeren Entwicklungsländern, darunter vor allem China. Die kapitalgedeckte Versorgung im Alter und bei Krankheit ist auch für diese Länder der einzige Ausweg aus der Versorgungsfalle. Der Altenquotient Chinas ist heute noch wesentlich niedriger als in Deutschland, er wird sich jedoch bis 2050 fast vervierfachen und dann nicht viel niedriger sein als in Deutschland oder in Amerika. Die internationale Konkurrenz um die auch in China knappen, renditeträchtigen Kapitalanlagen wird sich verschärfen. Demographisch bedingter Verteilungsstreß wird die Welt von morgen in kaum gekannter Weise prägen.

Der Autor lehrt Bevölkerungswissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld. Sein Buch „Die demographische Zeitenwende“ ist im Verlag C.H. Beck erschienen.